

## Kommentar

Von  
Wolfgang Braun

## Kurze und Karas

Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP) hat die ÖVP im Griff wie lange kein Parteichef vor ihm. Er hat sich ein Regierungsteam zusammengestellt, in dem er in den eigenen Reihen keine Querschüsse und Querdenker zu fürchten hat. Sogar eine eigene Farbe hat Kurz der Partei verordnet: Wer mit ihm nicht anstreifen

## Listen-Erster Karas, eine Frage von Größe und Blöße

will, spricht von der „türkisen“ ÖVP – „schwarz“ ist mehr als out. Es ist kein Geheimnis, dass Othmar Karas, Delegationsleiter der ÖVP im EU-Parlament, nicht in diese Dramaturgie passt.

Karas hat in Brüssel und Straßburg seine Erfüllung gefunden, er hat sich als Europapolitiker Anerkennung sowohl auf dem europäischen Parkett als auch in der ÖVP erarbeitet – und er ist in einigen Fragen nicht auf türkiser Linie. Daher steht hinter seiner Nominierung als ÖVP-Spitzenkandidat für die EU-Wahl immer noch ein kleines Fragezeichen.

Kann Kurz mit Karas? Das ist auch die Frage, ob Kurz die Größe hat, einen Listen-Ersten zu akzeptieren, der keine absolute Berechenbarkeit garantiert.

✉ w.braun@nachrichten.at

## Überblick

## Ex-Ministerin Kdolsky berät Neos bei Pflege



Foto: ÖÖN

WIEN. Bis Mitte des Jahres wollen die Neos eigenes Pflege-Gesamtkonzept entwickeln, sagte Parteichefin Beate Meinl-Reisinger. Geholt hat sie dazu unter anderem eine Ex-VP-Ministerin als Expertin: **Andrea Kdolsky** (Gesundheitsministerin 2007 bis 2008). Sie ist jetzt Unternehmensberaterin im Gesundheitsbereich.

## Mindestsicherung für Kinder wird erhöht

LINZ. Kinder bekommen in Oberösterreich 2019 eine um zwei Prozent erhöhte Mindestsicherung, beschloss die Landesregierung gestern. „Dazu bekennen wir uns, eine pauschale Erhöhung kommt für uns nicht in Frage“, so VP-Sozialsprecher Wolfgang Hattmannsdorfer und FP-Klubchef Herwig Mahr. Diese hatte, ebenso wie die Erhöhung für die Kinder, die SPÖ beantragt.

## Buchpräsentation mit Cap und Mitterlehner

LINZ. In seinem Buch „Kein Blatt vor dem Mund“ blickt der ehemalige SPÖ-Klubobmann Josef Cap zurück auf gut vier Jahrzehnte politische Geschichte. Er präsentiert sein Buch morgen, Mittwoch, 16. Jänner, in der Buchhandlung Thalia in der Linzer Landstraße. Dabei diskutiert er mit dem ehemaligen ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner. Moderiert wird der Abend von Dietmar Mascher (ÖÖN). Beginn ist um 19 Uhr, der Eintritt ist frei.



Direktorin Maria Maltshnig und Präsidentin Doris Bures präsentieren das neue Renner-Institut nahe dem Hauptbahnhof.

Foto: APA

# Vom Schlösschen zum Bahnhof: SPÖ will ihre Bildungseinrichtung öffnen

Die Parteien erhalten jährlich mehr als zehn Millionen Euro für ihre Think-Tanks

Von Annette Gantner

## WAS DIE PARTEIEN IM JAHR FÜR BILDUNG ERHALTEN

Das Gesetz sieht vor, dass jede im Nationalrat vertretene Partei zusätzlich zur Parteien- und Klubförderung auch Mittel für ihre **Bildungsarbeit** erhält.

Seit mehreren Jahren liegt die Gesamtsumme für die Parteiakademien konstant bei **10.495.000 Euro**.

2018 erhielt die **Politische Akademie der ÖVP 2.885.609 Euro**. Das **Dr.-Karl-Renner-Institut** kam auf **2.575.920**, das **FP-Bildungsinstitut** auf **2.544.951 Euro**. In etwa gleich viel erhielten auch das **Neos Lab** mit **1.275.229 Euro** und die **Ideengarage der Liste Jetzt** mit **1.213.291 Euro**.

Lehrgang für „digitale Zivilcourage“ angeboten.

Oftmals werde der Diskurs zu sehr auf der akademischen Ebene geführt, berichtet Renner-Direktorin Maria Maltshnig. Sie war für die Erstellung des Parteiprogramms verantwortlich; per Los wurden SP-Mitglieder ausgewählt, die an der inhaltlichen Öffnung mitarbeiten sollten.

Die Summen, die die Akademien erhalten, sind beachtlich, dennoch führen sie in der öffentlichen Wahrnehmung eher ein Schattendasein. Allein die SPÖ erhielt 2018 fast 2,6 Millionen Euro.

Die Bildungseinrichtungen wurden von Bruno Kreisky Anfang der 70er Jahre initiiert. „Man hielt es damals für wichtig, die politische Bildung in die Hände der Parteien und nicht der Schulen zu legen“, erklärt Parlamentarismusexperte Werner Zögernitz.

### Sinn der Aktivitäten

Alle fünf im Parlament vertretenen Parteien erhalten die staatliche Zuwendung. „Die Frage, ob eine derartige Förderung der Bildungsarbeit sinnvoll ist, würde ich mit Ja beantworten“, sagt Parteiexperte Hubert Sickinger. „Was

Wir wollen uns von einer Bildungsstätte für Funktionäre zu einer offenen Akademie für interessierte Bürger wandeln.“

Doris Bures, neue Präsidentin des Renner-Instituts

die einzelnen Parteien damit machen, ist eine andere Frage.“

ÖVP und SPÖ verwenden das Geld für klassische Bildungsarbeit wie Kommunikationstrainings für Interessierte, Netzwerkveranstaltungen oder Ideologieschulungen. Die FPÖ bietet regelmäßig Debatten über den politischen Islam und Medientrainings an. „Die Neos nützen das Geld, um die Partizipation zu stärken und interessierte Bürger an sich zu binden“, lobt Sickinger das Neos Lab. Wenig lässt sich hingegen über die Aktivitäten der „Ideengarage“ der Liste Jetzt sagen. „Die Pilz-Akademie muss noch in die Gänge kommen“, befindet Sickinger. Über die Verwendung der Mittel wacht jedenfalls der Rechnungshof.

# Kickl gegen Pilz: BVT-Match im Gerichtssaal

Unterlassungsklage von Innenminister Herbert Kickl (FP) gegen die Pilz-Partei „Jetzt“

WIEN. Eines hielt Peter Pilz gestern, Montag, gleich zu Beginn des Prozesses am Wiener Handelsgericht fest: Für ihn stellt Innenminister Herbert Kickl (FP) immer noch eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ dar. Nach den bisherigen Erkenntnissen aus dem BVT-Untersuchungsausschuss würde er es sogar noch „dramatischer“ formulieren, sagte Pilz – nämlich „eine der größten Gefahren“.

Kickl hatte wegen dieser Aussagen die Pilz-Partei „Jetzt“ auf Unterlassung und Widerruf geklagt. Gestern traf man sich zum ersten Prozessstag, das Medieninteresse am Match Kickl gegen Pilz war dabei so groß, dass man die Verhandlung in einen größeren Raum verlegen musste.



Shakehands vor Prozessbeginn: Herbert Kickl, Peter Pilz

Foto: APA

In der zweieinhalbstündigen Verhandlung verteidigte Pilz seine Wortwahl. Durch die Entwicklungen im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), insbesondere

durch die Hausdurchsuchung im BVT, habe die Zusammenarbeit mit internationalen Partnerdiensten schwer gelitten. Belegt sei mittlerweile auch, dass Kickl „Kopf und Drahtzieher“ der Aktion gewesen

sei, sagte Pilz. Es sei seine Aufgabe als Abgeordneter, „politische Bewertungen abzugeben und Konsequenzen zu fordern“, so Pilz.

Kickl wiederholte in seiner Befragung, was er bereits vor dem BVT-Untersuchungsausschuss gesagt hatte. So sei nur die Anzeige aus dem Innenministerium gekommen, die Hausdurchsuchung im BVT liege allein in der Verantwortung der Justiz. Dass sich Partnerdienste anderer Länder von Österreich abgewandt hätten, sei nicht der Fall gewesen, betonte Kickl.

Pilz beantragte die Ladung weiterer Zeugen, unter anderem von BVT-Chef Peter Grödl. Nächster Verhandlungstag ist der 1. April. „Die Wahrheitspflicht gilt aber trotzdem“, merkte der Richter an.